

Warum die Linke in Schleswig-Holstein – trotz alledem?

Die Linke steckt in einer schweren Krise. Die letzten Wahlen in Schleswig-Holstein waren verheerend: 1,6% bei der Landtagswahl 2022, 2,1% bei der Kommunalwahl 2023, 2,3 % bei der Europawahl 2024. Debatten zur Außen- und Sicherheitspolitik führen zu schweren Auseinandersetzungen auch in der Landespartei.

Gleichzeitig werden wir aber immer mehr: Allein im ersten Halbjahr sind 160 Mitglieder neu beigetreten. Willkommen beim Kampf um eine bessere Welt – trotz alledem!

Aber angesichts des schwachen Zuspruchs der Wähler*innen – warum werden wir überhaupt gebraucht?

Ein anderes Schleswig-Holstein soll es sein.

Die Linke ist die einzige Partei, die die wirklichen Probleme noch adressiert und sich nicht ablenken lässt von dem rassistischen Getöse mit dem die äußerste Rechte die gesamte politische Landschaft vor sich her treibt. Alle Parteien außer uns.

Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa stecken in mehreren Krisen.

Der Großteil der Bevölkerung leidet unter den Folgen von multiplen Marktversagen und Inflation, gleichzeitig beobachten wir weltweit eine Renaissance des Krieges und die immer offensichtlicheren Folgen der Klimakrise. Wo staatliche Investitionen und Eingriffe nötig wären, bleiben die Schuldenbremse und der freie Markt oberste Maxime der regierenden politischen Akteure, wird der Ausverkauf der Zukunft billigend in Kauf genommen. Der aktuelle Sparhaushalt der CDU-geführten schwarz-grünen Landesregierung steht sinnbildlich für diese politische Geisterfahrt: Mieten und Preise steigen in schwindelerregende Höhen während Krankenhäuser schließen, Schulen auseinanderfallen und die Energiewende verschleppt wird.

Als Die Linke sind wir davon überzeugt, dass die dringend notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen mit der Idee eines funktionierenden Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden muss. Deshalb streiten wir für und mit denen, die fortschrittliche Antworten auf die Herausforderungen der Zeit suchen und durchsetzen wollen und denen, die bei der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen und Einfluss strukturell benachteiligt werden. Wir stehen an der Seite der großen Mehrheit der Menschen in Schleswig-Holstein.

Was bedeutet das konkret?

Niedrige Miete statt fatter Rendite!

Die Mieten in Schleswig-Holstein sind zu hoch, der Wohnungsmarkt hat katastrophal versagt. Viele Arbeitnehmer*innen können es sich nicht mehr leisten, nahe an ihrem Arbeitsplatz zu wohnen. Und immer mehr Menschen sitzen in nicht mehr bedarfsgerechten Wohnungen fest. Viele Haushalte müssen den Großteil ihres monatlichen Einkommens für die Miete ausgeben – für eine gesunde Ernährung, gesellschaftliche Teilhabe und ausreichend Mobilität bleibt so oftmals nicht genug. Dabei ist bezahlbarer und angemessener Wohnraum eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Deshalb soll das Thema Mieten einen zentralen Platz in unserer Programmatik und unseren Aktionen finden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Mieten sinken, dass Wohnraum fair verteilt wird und dass alle Menschen ein Dach über dem Kopf haben. Mit mietpreisregulierenden Instrumenten wie einer

Mietpreisbremse, die den Namen verdient, und einem Mietendeckel wollen wir die Mieten kurzfristig senken. Langfristig wollen wir durch den Neubau von bezahlbarem Wohnraum in öffentlicher Hand, Aufkauf von Bestandswohnungen und Enteignung großer Wohnungskonzerne sowie entsprechender Förderung der Kommunen für einen regulierten aber funktionierenden Wohnungsmarkt sorgen. Als Die Linke setzen wir uns daher für eine Wohnungspolitik ein, die der herrschenden Profitlogik den Kampf ansagt: Wir stehen an der Seite der Mieter*innen. Denn Wohnen ist ein Grundbedürfnis!

Eine Schule für Alle!

Von Bildungsgerechtigkeit kann in Schleswig-Holstein keine Rede sein. Alle Surveys der letzten Jahre haben katastrophale Ergebnisse erbracht. Viele Schüler*innen verlassen die Grundschule ohne Lesen und Schreiben zu können. In dieser Situation will die schwarz-grüne Landesregierung weniger Unterricht erteilen lassen, um Geld zu sparen. Das ist nicht nur ein Armutszeugnis, sondern es erzeugt Armut: Vor allem Kinder aus benachteiligten Familien scheitern immer häufiger daran die Mindeststandards zu erfüllen. In einer reichen Gesellschaft wie der unseren zu sagen, für Bildung sei nicht genug Geld da, ist absurd und eine Gefahr für die Zukunft. Die Linke ist als einzige Partei bereit, es von denen zu nehmen, die genug haben und es dahin zu geben, wo es gebraucht wird.

Die soziale Spaltung der Gesellschaft wird vertieft und verschärft durch die Aufteilung der Schüler*innen auf zwei Schulformen nach der Grundschule. Die Linke ist die einzige Partei, die diesen Missstand endlich von Grund auf angehen will: Eine Schule für alle – ohne Wenn und Aber!

Siamo Tutti Antifascisti!

Die Linke Schleswig-Holstein ist und bleibt konsequent antifaschistisch. Schleswig-Holstein ist eines der wenigen Bundesländer ohne AfD-Fraktion – und so soll es auch bleiben. Neben der Tatsache, dass die Schleswig-Holsteinische AfD schwere innere Konflikte hat, hat dazu auch eine wache antifaschistische Bewegung beigetragen. Aber die Rechte erstarkt und sie erstarkt auch wieder in Schleswig-Holstein. Den Beschlüssen unseres Landesparteitags folgend, fordern wir, dass das Land Schleswig-Holstein den Antrag auf ein Verbot der AfD unterstützt. Wir bleiben dabei: Faschismus ist keine Meinung und die Verbreitung des Faschismus darf niemals Akzeptanz finden. Wir stehen an der Seite aller Menschen, die dagegen auf die Straße gehen und sagen: Danke Antifa!

Refugees Welcome!

Wer geglaubt hat, in einem schwarz-grün regierten Bundesland ohne AfD wäre der Angriff auf Geflüchtete weniger schlimm als anderswo, wird diese Meinung ändern müssen. Im Oktober 2024 hat die schwarz-grüne Landesregierung ein furchtbares Maßnahmenpaket mit dem Namen „Ordnung, Steuerung, Begrenzung und Humanität in der Migrationspolitik sicherstellen“ im Bundesrat auf den Weg gebracht. Es schlägt vor: ein Reisebüro für Abschiebungen – Ausbürgerungen – zeitlich unbegrenzte Abschiebehäft hinter sieben Meter hohen Mauern mit NATO-Draht wie in Glückstadt ohne Ausnahmen für Familien – Lager an den EU-Außengrenzen und Abschiebungen in Krieg und Terrorherrschaft. Die Linke hat damit jetzt ein Alleinstellungsmerkmal, das sie lieber nicht hätte: Sie ist die einzige Partei, die die Rechte von Geflüchteten noch verteidigt.

System Change not Climate Change!

Die Klimakrise zeigt sich mit Überschwemmungen, Dürren, Artensterben. Die Menschheit rast auf eine Erhitzung um 3 Grad bis zum Ende des Jahrhunderts zu, die Folgen sind unabsehbar. Während Superreiche und Konzerne für das Steigen der CO₂-Emissionen hauptverantwortlich sind, sind es die Ärmsten und Schwächsten, die die Lasten tragen. Die deutsche Klimapolitik verstärkt soziale Ungleichheiten, während Ausbeutung und Profitwahn grün angemalt werden.

Die Linke Schleswig-Holstein begreift sich als öko-sozialistische Partei. Wir verstehen die Klimakrise als zentrale soziale Frage unseres Jahrhunderts. Statt mit Marktgläubigkeit und den immer gleichen kapitalistischen Rezepten, wissen wir, dass die Klimakatastrophe nicht mit den Mitteln zu stoppen ist, die sie hervorgebracht hat.

Für eine gerechte Transformation, etwa bei Projekten wie Northvolt in Heide, aber auch der Umstellung der Industrie auf klimaneutrale Produktion müssen Arbeitsplätze erhalten, neue, gute, tarifgebundene Arbeit geschaffen und öffentliche Aufträge nur an Projekte, die sozial-ökologische Transformation und gute Arbeit zusammenbringen, vergeben werden.

Mobilität ist eine Gerechtigkeitsfrage!

Auch in der Verkehrspolitik ist dringender Handlungsbedarf. Die Finanznot der Kommunen – Ergebnis der verheerenden Schuldenbremse – führt dazu, dass Fahrpläne ausgedünnt statt ausgeweitet werden. Die Elektrifizierung von Bahnstrecken und der zweisepurige Ausbau, die Reaktivierung stillgelegter Verbindungen und die Anbindung von ländlichen Regionen wird noch immer nicht mit Hochdruck vorangetrieben, obwohl Bus und Bahn eine der zentralen Säulen im Kampf gegen die Klimakrise sind. Als Die Linke hat der flächendeckende Ausbau von Bus und Bahn für uns Priorität gegenüber dem motorisierten Individualverkehr. Kurzfristig brauchen wir einen kostengünstigen Nahverkehr – dass Deutschlandticket bleibt mit seinen 58€ für einen großen Teil der Bevölkerung weiterhin unerschwinglich – langfristig muss der Nahverkehr aber kostenfrei werden. Dennoch darf die Senkung der Preise nicht zu Ungunsten der Beschäftigten vollzogen werden: wir stehen fest an der Seite der Bus- und Bahnfahrer*innen und ihrem Kampf für bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen.

Keine Krankenhausschließungen- Gesundheit statt Profite!

Wir fordern, dass Krankenhäuser in öffentlicher Hand bleiben oder in sie übergehen. Pflegeeinrichtungen müssen gemeinnützig arbeiten. Für das Personal müssen gesetzliche Mindestschlüssel und einen allgemeinverbindlicher Tarifvertrag gelten. Dass die Fallpauschalen endlich fallen, begrüßen wir, aber eine Gesundheitsreform, die zu Krankenhausschließungen führt, gefährdet in einem Land wie Schleswig-Holstein die Grundversorgung! Schon jetzt müssen Schwangere von den Inseln zur Entbindung auf das Festland – wir brauchen nicht weniger, sondern mehr regionale Gesundheitsversorgung.

Energiewende jetzt!

Statt die notwendige Energiewende auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung immer weiter zu verschleppen, müssen wir jetzt aktiv in die Gestaltung des Energiemarktes eingreifen. Wo Schleswig-Holstein vergleichsweise schon auf einem guten Weg ist, müssen dennoch massive öffentliche Investitionen mobilisiert und das öffentliche Eigentum gestärkt werden: Gemeinwohl statt Profite. Wir fordern Strom- und Wärmenetze zu vergesellschaften und in die öffentliche Hand zu bringen. Bei allen transformativen Projekten müssen kollektive Lösungen, wie bspw. der Ausbau kommunaler Fernwärmenetze, und Entkommerzialisierung Vorrang haben.

Investieren statt Sparen!

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg: zwar versteckt sich die Landesregierung hinter Geldmangel und rechtfertigt damit ihren Sparhaushalt, doch sie müsste es nicht. Als Die Linke sind wir die einzige Kraft, die klar sagt: Geld ist genug da. Die Schuldenbremse als Zukunfts- und Investitionsbremse muss weg. Wir brauchen eine gerechte Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen. Gerade im Anbetracht der bevorstehenden Transformationen in Gesellschaft und Wirtschaft müssen wir massive

Investitionsprojekte fördern, die öffentlichen Besitz ausweiten, Arbeitsplätze mit guten Löhnen und Arbeitsbedingungen schaffen, demokratische Mitbestimmung stärken, und die Klimakrise und ihre Folgen bekämpfen. Ziel gerechter Landesfinanzen muss die Sicherstellung eines funktionierenden Gemeinwesens inklusive guter Bildung und guter Gesundheit sein. Die öffentliche Daseinsfürsorge muss ausgeweitet, gestärkt und ausreichend finanziert werden!

Handlungsfelder der Partei

Die Linke muss sich weiter in politische Kampagnen einbringen, Neumitglieder einbinden, politische Bildung für die Mitglieder und insbesondere die kommunalen Mandatsträger*innen anbieten. Die Partei muss durch aktive Awareness-Strukturen ein sicherer Ort für alle sein.

Sprechfähigkeit herstellen!

Gleichzeitig sollten wir in den nächsten zwei Jahren unser inhaltliches Profil in den für Schleswig-Holstein überdurchschnittlich relevanten Bereichen *Landwirtschaft & Fischerei*, *Tourismus & Schifffahrt* sowie *Strukturwandel im ländlichen Raum* schärfen. Die Relevanz dieser Bereiche zeigte sich nicht zuletzt während der Covid-19-Pandemie (Tourismus) oder den Bauerprotesten im Januar 2024 (Landwirtschaft). Mit Blick auf die Landtagswahlen 2027 können wir uns hier keine Leerstellen erlauben, müssen Sprechfähigkeit herstellen. Für die programmatische Ausarbeitung der Positionen von Die Linke Schleswig-Holstein bauen wir deshalb vor allem auf unsere Mitglieder und die Arbeitsgemeinschaften der Landespartei: Sie bringen fachliche Expertise aus dem beruflichen und ehrenamtlichen Kontext, aus Vereinen, Interessensverbänden und zivilgesellschaftlichen Initiativen mit. Darüber hinaus müssen wir zukünftig aktiv auf zivilgesellschaftliche Akteure, Betroffene und Interessensverbände (bspw. Gewerkschaften) zu gehen, um Kontakte zu knüpfen und wiederkehrenden Austausch zu etablieren.

Neumitglieder einbinden – Kontakte aufbauen

Das Wachstum der Partei ist Chance, Hoffnung und Aufgabe für die Partei. Viele Menschen, die noch nie Parteipolitik gemacht haben, brauchen Unterstützung und sinnvolle Einbindung in ihre Kreisverbände. Die Landespartei will dies mit Neumitgliederseminaren unterstützen. Wir begrüßen, dass ehemalige Mitglieder der Grünen Jugend ihren Willen bekundet haben, die politische Linke in diesem Land wieder zu stärken und bieten ihnen unsere Zusammenarbeit an.

Kommunale Mandatsträger*innen stärken

Hinter den schlechten Wahlergebnissen verbergen sich auch lokale Erfolge: In Elmshorn, Lütjenburg und Meldorf holte die Linke 7-8 %. Hier konnte die Linke durch erfolgreiche Arbeit in lokalen Bündnissen beweisen, wo zu sie gut ist. In vielen Orten wurden erfolgreich Fraktionsgemeinschaften gebildet. Aber gerade, weil in vielen Parlamenten nur noch Einzelkämpfer*innen sind, müssen diese von der Gesamtpartei unterstützt werden. Dazu muss die innerparteiliche politische Bildung gestärkt werden. Die Linke Schleswig-Holstein dankt insbesondere dem Verein Netzwerk Linke Kommunalpolitik e.V. für seine Aktivitäten.

Ob Ukraine oder Antisemitismus: Respektvoll und zielorientiert diskutieren

Die Zahl der Themen, über die wir uns einig sind, ist groß und darunter sind die meisten großen Fragen unserer Zeit. Aber es gibt in unserer Partei auch schwere Konflikte zu bedeutenden Fragen: Was heißt Solidarität mit der Ukraine im Angesicht des russischen Angriffskrieges? Wer ist für uns Bündnispartner in der Suche nach Friedenslösungen im Nahostkonflikt?

Wir sind uns nicht einig, ob eine solidarische Haltung zur Ukraine die Lieferung von Waffen umfassen darf. Die Bundespartei hat einen Beschluss zum Nahost-Konflikt gefasst, den die Linke Schleswig-Holstein unterstützt: „Mitglieder der israelischen Regierung äußern offen rassistische

Vertreibungspläne und treiben unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung die völkerrechtswidrige Besetzung des Westjordanlandes sowie die Vertreibung von Palästinenser*innen voran. Die Islamisten von Hisbollah und Hamas feiern die Vernichtung jüdischen Lebens als Akt der Befreiung und verbreiten offenen Antisemitismus. Niemals werden wir als Linke die Rolle des Antisemitismus ignorieren, der den mörderischen Terror von Hamas oder Hisbollah antreibt. Wer in Nahost oder hierzulande antisemitische Ressentiments befeuert, wer das Existenzrecht Israels in Frage stellt, wer gegen jüdische Menschen hetzt oder den Terror der Hamas relativiert, kann für uns ebenso wenig Bündnispartner*in sein wie diejenigen, die rassistische, anti-muslimische oder anti-palästinensische Angriffe und Propaganda gutheißen oder betreiben. Für Antisemitismus und Rassismus ist kein Platz in der Linken.“

Wir sind uns einig, dass unsere Ziele Frieden, Verständigung, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Freiheit, Menschenrechte und Völkerrecht sind, dass wir Unterdrückung und Ausbeutung ablehnen. Aber welche Konsequenz sich aus diesen gemeinsamen Grundsätzen ableitet, hat immer wieder heftigen Streit ausgelöst. Dieser Streit war in der Form oft verletzend und für unsere Partei schädlich. Diese Themen sind keine Landesthemen, aber sie bewegen große Teile unserer Mitgliedschaft. Auf der nächsten Landesmitgliederversammlung im Januar 2025 wollen wir die Themen Solidarität mit der Ukraine und Wege zum Frieden im Nahen Osten darum im Lichte unserer gemeinsamen Grundüberzeugungen respektvoll und konstruktiv diskutieren.

Die Partei – ein sicherer Ort für alle

Die Schmähungen im Netz gegen diverse Delegierte auf dem Bundesparteitag haben gezeigt, dass es ein stetiger gesellschaftlicher Kampf ist, der Diskriminierung von FINTA-Personen und ableistischer Diskriminierung entgegenzutreten. Die Linke Schleswig-Holstein hat dank der unermüdlichen Aktivität der Awareness-AG wichtige Schritte voran gemacht, insbesondere die Ernennung von Vertrauenspersonen. Die Implementierung von Satzungsänderungen, die rechtssichere Sanktionen bei diskriminierendem Verhalten unterhalb der sehr hohen Schwelle des Parteiausschlusses ermöglichen, sind die nächste wichtige Etappe. Am bedeutsamsten ist aber der dauerhafte und respektvolle Diskurs über diskriminierungsfreies Verhalten, der unter anderem durch die in der Satzung festgehaltenen Antisexismus-Workshops auf den Parteitagen um die Partei zu einem sicheren Ort für alle zu machen.

Darum Die Linke in Schleswig-Holstein

Bei all den Problemen, Krise und Handlungsfeldern versprechen wir, dass wir unsere Stimme immer gegen die unsoziale Politik der schwarz-grünen Landesregierung erheben werden. Wir zeigen, wie gerechte Alternativen aussehen werden und kämpfen mit aller Kraft für ihre Umsetzung - zusammen mit allen Bündnispartner*innen, die es in Zivilgesellschaft und Parlamenten gibt. Wir kämpfen für einen Politik- und Kurswechsel in der gesamten Gesellschaft.

Dabei bleiben wir anders als andere Parteien: Wir nehmen keine Spenden von Unternehmen an, unsere Mandatsträger*innen nutzen ihre Ressourcen auch dafür, Strukturen vor Ort zu stärken und soziale Projekte zu fördern. Wir halten Widersprüche aus und sagen keine Halb- und Unwahrheiten, nur weil sie gerade weit verbreitet sind. Wir bieten allen eine politische Heimat, die sich gegen rechte Hetze zusammenfinden. Wir streiten mit allen für gute Arbeit und eine solidarische Gesellschaft. Gemeinsam wehren wir uns gegen jeden Angriff auf unseren Sozialstaat. Dabei scheuen wir nicht vor einer Ausformulierung konkreter Maßnahmen zur gesellschaftlichen Transformation und unserer Visionen einer anderen Gesellschaft zurück. Unser Ziel ist und bleibt die Überwindung der bestehenden kapitalistischen Ordnung. Aber ob beim Wohnungsbau, bei der Energieversorgung oder Öffentlichem Nahverkehr: Wir sind überzeugt, dass solidarische und öffentliche Lösungen auch jetzt schon konkrete Verbesserungen für die Menschen bringen.

Die Linke in Schleswig-Holstein ist eine kleine Partei. In der gegenwärtigen Krise der Demokratie ist es bedeutsam, dass alle, die die Hoffnung auf gesellschaftlichen Fortschritt nicht aufgegeben haben, zusammenhalten. Für einen demokratischen Sozialismus mit schleswig-holsteinischem Antlitz: Gemeinwohl statt Profite – trotz alledem!